

„Auf der anderen Seite der Angst ist das Land, von dem wir träumen“

Der Generalstreik in Kolumbien

Nach vier Wochen ist die Situation total eskaliert,“ erzählt die junge Medizinstudentin aus Cali. „Es gab eine riesige Demonstration. Wir von der Gesundheitsbrigade waren auf alles vorbereitet. Wir warteten in der Universität, als die ersten Opfer eintrafen. Junge Leute, so alt wie wir, mit Schusswunden. Auf einmal riefen sie draußen nach Hilfe. Wir liefen schnell los und als wir ankamen, *parce* (kolumbianisch: Kumpel), es sah aus wie im Krieg.“

Seit dem 28. April 2021 protestieren die Menschen in Kolumbien landesweit. Auslöser der Proteste war ein neoliberales Reformpaket der rechtskonservativen Regierung aus Steuer-, Gesundheits-, Arbeits- und Rentenreform. Die Steuererhöhungen hätten vor allem die ohnehin von der Pandemie schwer betroffene Unter- und Mittelschicht getroffen. „Wir sind friedlich raus auf die Straße gegangen – für unsere Würde“, erzählt uns eine junge Mutter aus dem Osten Calis. Aguablanca ist einer der seit langem vernachlässigten Stadtteile der Metropole. Der Großteil der Bewohner*innen, die rund die Hälfte der Einwohner*innen Calis ausmachen, hat afrokolumbianische und indigene Wurzeln, fast alle arbeiten im informellen Sektor. 42 Prozent der Kolumbianer*innen gelten jetzt nach anderthalb Jahren Pandemie als arm. „Wir wurden nie ernstgenommen von der Regierung“, führt unsere Gesprächspartnerin weiter aus, „und die Steuerreform war letztendlich der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.“

Durch den *Paro Nacional*, den Generalstreik, in dem sich das Land seitdem befindet, konnten bisher sowohl die Steuer- als auch die Gesundheitsreform gekippt werden. Doch die Proteste gehen weiter, denn die Gründe für die Unzufriedenheit mit der Politik der Regierung sind vielfältig und tiefgreifender. Die Protestierenden fordern unter anderem Maßnahmen gegen die weitverbreitete Korruption und die Ausbeutung natürlicher Ressourcen sowie einen gerechteren Zugang zu Bildung. Die Antwort der Polizei auf die zumeist friedlichen Proteste ist äußerst gewaltvoll. Die NGO *Temblores* registrierte zwischen dem 28. April und dem 31. Mai über 3.000 Fälle von Polizeigewalt, darunter über 1.500 willkürliche Verhaftungen, 65 Augenverletzungen, 25 Fälle von sexualisierter Gewalt durch Polizeikräfte und 45 mutmaßlich durch die Polizei getötete Zivilist*innen. Weitere 29 Fälle werden

noch untersucht. Hunderte Menschen gelten als vermisst. *Human Rights Watch* konnte bis Anfang Juni 34 Tötungsdelikte im Rahmen der Proteste bestätigen und fordert eine grundlegende Reform der kolumbianischen Polizei.

Tatsächlich ist es das erste Mal in der Geschichte Kolumbiens, dass sich ein so breiter Teil der Gesellschaft gemeinschaftlich mobilisiert. Vor allem Jugendliche ohne Zukunftsperspektive gehen in großer Zahl auf die Straße und formen die *Primera Línea* (Erste Reihe). Ein junger Familienvater erzählt uns: „Am Anfang sind die Jugendlichen nur gekommen, weil es cool war. Aber mit der Zeit verstehen sie immer mehr Hintergründe und engagieren sich immer mehr im Streik.“ Die Proteste werden rund um große



„GESUNDHEIT IST EIN RECHT, KEIN PRIVILEG!“

Demonstrationen sowie um die sogenannten *puntos de resistencia*, die Widerstandspunkte, organisiert. Dabei handelt es sich um Blockaden wichtiger Plätze, wo die Bewohner*innen der anliegenden Stadtteile Versammlungen und kulturelle Veranstaltungen abhalten und *ollas comunitarias* (solidarische Suppenküchen) eingerichtet haben. Die Nachbarschaft unterstützt tatkräftig – allen voran die Mütter der Jugendlichen. Zur Unterstützung des Streiks rufen ebenso afrokolumbianische und indigene Gruppierungen auf, die schon seit Jahrzehnten in Kolumbien ungehört für ihre Rechte kämpfen. Auch Frauenrechtler*innen und die LGBTQ-Community sind bei den Protesten aktiv. Viele Beschäftigte aus



FÜR EINE BESSERE ZUKUNFT: DER PROTEST IN KOLUMBIEN HAT VIELE GESICHTER, WIE HIER IM DISTRITO DE AGUABLANCA IM OSTEN CALIS.

dem Gesundheitswesen haben ebenso gegen die geplante Gesundheitsreform und die weitere Privatisierung protestiert und demonstrierten mit Sprüchen wie „Wofür retten wir auf der Intensivstation Leben, wenn die Regierung auf der Straße tötet?“

„Ich bin zwar von einer Privatuiversität, aber das heißt nicht, dass ich nicht für eine bessere Zukunft für alle bin“, erzählt uns die junge Medizinstudentin aus Cali weiter. Die öffentlichen Universitäten waren schon immer ein wichtiger Akteur in der kolumbianischen Politik, so auch diesmal. Sie demonstrieren und organisieren sich in Gruppen wie der Brigada estudiantil de Salud (Studentische Medizinische Brigade) oder die Primera Línea Jurídica (Juristische Erste Reihe). „Jeder wichtige Widerstandspunkt hat so eine Brigade. Es waren vor allem Brand- und Schusswunden, die wir versorgen mussten.“ Anfangs fehlte es noch an allem, doch in der ganzen Stadt wurden Spendenaktionen gestartet. „Wir haben so eine Sammelstelle eingerichtet mit allen möglichen Sachen, die wir von den Menschen bekommen haben. Es war beeindruckend“, erzählt uns die Studentin. „Mit der Zeit haben wir Studierenden begonnen, Fortbildungen anzubieten, wie man zum Beispiel einen Kompressionsverband macht oder wie man eine Schusswunde behandelt. So hat sich in der Stadt ein ganzes Netzwerk gebildet. Die Leute haben wirklich alles gegeben.“ Ihre Kommilitonin teilt dieses Gefühl: „Viele Leute wollten einfach nur helfen, ohne Hintergedanken. Das war wunderschön, weil wir alle das Gemeinwohl im Sinn hatten.“

Einen Monat später setzten sich landesweit erneut riesige Menschenmassen in Bewegung. Die Regierung versuchte dem entgegenzutreten und verhängte einen De-facto-Ausnahmestand. In mehreren Städten, darunter Cali, wurde das Militär gegen Streikende eingesetzt. Zahlreiche Videos, die in den sozialen Netzwerken kursieren, dokumentieren, wie die Polizei gemeinsam mit bewaffneten Zivilisten Demonstrant*innen festnimmt oder auf sie schießt. Die Bilanz: 14 Todesopfer und nahezu 100 Verletzte.

Es scheint fast so, als würde der bewaffnete Konflikt der vergangenen Jahrzehnte samt paramilitärischer Gewalt wiederaufleben. „Die Ungleichheit ist in der ganzen Stadt vertreten“, betonen die

beiden Studentinnen. Es wirkt, als würde sich der Klassenhass verstärken. Ein Beispiel dafür sind die Aggressionen von bewaffneten Zivilisten gegen die Demonstrant*innen, in denen sie Randalierer und Guerilla-Kämpfer sehen. „Was macht das mit dir, wenn du so abgestempelt wirst, nur weil du ein besseres Land willst?“, fragen sich beide, „das bessere Land wollen wir für alle. Wie können sie das nicht verstehen?“ Die Regierung versucht währenddessen, die Protestbewegung zu diskreditieren und verweigert den Dialog. Die einstigen Hoffnungen, die durch den Friedensvertrag mit der FARC freigesetzt wurden, wurden unter dem aktuellen Präsidenten begraben. Seit der Unterzeichnung 2016 sind nach Untersuchungen der kolumbianischen „Sonderjustiz für den Frieden“ über 900 soziale und Umweltaktivist*innen und über 270 ehemalige Guerillakämpfer*innen ermordet worden, die die Waffen niedergelegt hatten. Auch dagegen richten sich die Proteste.

Oberflächlich scheint sich die Situation seit Anfang Juli beruhigt zu haben. Viele Widerstandspunkte wurden unter dem militärischen Druck aufgegeben. Die Aktivitäten wurden auf Versammlungen verlegt, es werden Konzerte auf der Straße gespielt, ehemalige Polizeistationen zu Bibliotheken umgestaltet, Wandgemälde angefertigt, Tanzworkshops und öffentliche Uniseminare abgehalten. Doch es gibt keinen Weg zurück – zu viel ist passiert. Gerade für die junge Generation haben sich die Dinge grundlegend verändert. „Das ist ein Exempel für eine neue Generation an Politiker*innen“, meint ein junger Vater. Im nächsten Jahr finden wieder Präsidentschaftswahlen statt und „bei dem, was hier passiert, können sie Punkt für Punkt mitschreiben, wie man mit dem Volk gemeinsam regiert. Die Jugendlichen aus den marginalisierten Vierteln haben die Kraft, aus ihrem Viertel heraus Politik zu machen und dabei alle Vorurteile zu beseitigen,“ so der Aktivist stolz. Der Paro Nacional ist auf jeden Fall ein großer Schritt in Richtung Wandel.

Anna Jael Esser ist Medizinstudentin in Freiburg, IPPNW- und Health-for-Future-Mitglied. Sebastian Palasser ist Kultur- und Politikwissenschaftler. Er hat u.a. in Linz, Bogotá und Cali studiert.

